

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Wirtschaftsausschuss	18.02.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Sachstandsbericht "Kommunales Bündnis für Arbeit"

Mit Ratsbeschluss vom 10.03.2005 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, unter Beteiligung eines Vertreters/einer Vertreterin aller im Wirtschaftsausschuss stimmberechtigten Fraktionen, eine auf Dauer angelegte, regelmäßige Gesprächsrunde mit Vertretern/innen aus der Wirtschaft, Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit sowie der ARGE einzuberufen. Ziel dieser Gesprächsrunde ist es, die gemeinsame Verantwortung für den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Köln wahrzunehmen und Einfluss auf die lokalen und kommunalen Rahmenbedingungen und damit auch auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation zu nehmen.

Über die Ergebnisse ist in regelmäßigen Abständen im Wirtschaftsausschuss zu berichten.

Die Struktur

Am 02.12.2005 konstituierte sich das „Kommunale Bündnis für Arbeit“ unter dem Vorsitz von Herrn Oberbürgermeister Schramma. Es agiert einerseits als Leitorgan (Steuerungsgruppe) und andererseits im Rahmen der Projekt- und Geschäftsstelle.

Im Bündnis vertreten sind als Mitglieder:

Vertretungen

- der Industrie- und Handelskammer zu Köln
- der Handwerkskammer zu Köln
- der Kreishandwerkerschaft
- der Arbeitgeber
- des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- der Agentur für Arbeit Köln
- der Arge Köln
- des Lenkungskreises für die Region Köln (Beigeordneter Dr. Walter-Borjans)
- des Amtes für Wirtschaftsförderung

- der im Wirtschaftsausschuss stimmberechtigten Fraktionen
- des Dezernates Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung
- des Dezernats Wirtschaft und Liegenschaften
- des Dezernats Bildung, Jugend und Sport
- des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik
- der Projektstelle/Geschäftsstelle

Im April 2006 nahm die mit einer Teilzeitstelle (90%) Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin (BesGr. A 12 BBO) und einer Teilzeitstelle (50%) (VGr. VII) Verwaltungsfachkraft ausgestattet Projekt- und Geschäftsstelle ihre Arbeit auf.

Die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der Projekt- und Geschäftsstelle orientieren sich grundsätzlich an den Vorgaben des Kommunalen Bündnisses für Arbeit.

Im Berichtszeitraum fanden Sitzungstermine wie folgt statt:

- 02.12.2005 Konstituierende Sitzung des Kommunalen Bündnisses für Arbeit
- 05.07.2006 Sondersitzung des Bündnisses aufgrund der Situation bei der Allianz
- 09.02.2007 ordentliche Sitzung des Bündnisses
- 07.12.2007 ordentliche Sitzung des Bündnisses

Für das Jahr 2008 wurden die Termine 11.04.2008 und 19.06.2008 bereits durch den Vorsitzenden anberaumt.

Inhaltliche Schwerpunkte

Das Kommunale Bündnis für Arbeit entwickelte sich seit seiner konstituierenden Sitzung zu einer Plattform, auf der nicht nur Raum für strategische Diskussionen geboten wird, sondern auch konkrete Maßnahmen im Sinne des Ratsauftrags verabredet werden.

Folgende Schwerpunktthemen wurden von den Mitgliedern für die Arbeit des Bündnisses festgelegt und obliegen in der Entwicklung bzw. Umsetzung der Projekt- und Geschäftsstelle:

1. Verbesserung der Kooperation bei der Standortsicherung
2. Ausbau der Infrastruktur als Voraussetzung für eine strukturierte und strategisch angelegte Ansiedlungspolitik
3. Verbesserung der Qualifikation, sowie der Aus- und Weiterbildung insbesondere für ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund
4. Umsetzung des Ratsbeschlusses „Fairer Betrieb“

Zu den festgelegten Handlungsfeldern und Schwerpunktthemen wurden vom Kommunalen Bündnis für Arbeit nachfolgende Projekte und Maßnahmen entwickelt.

Zu 1.

Verbesserung der Kooperation bei der Standortsicherung

In der konstituierenden Sitzung des "Kommunalen Bündnisses für Arbeit" am 02.12.2005 wurde unter anderem die Verbesserung der Kooperation bei der Standortsicherung beschlossen. Die Projekt- und Geschäftsstelle Bündnis für Arbeit wurde beauftragt einen konzeptionellen Vorschlag zur besseren Unterstützung und Hilfestellung von Unternehmen in Krisensituationen zu entwickeln.

Im Rahmen des obigen Auftrags wurde unter dem Stichwort „Bestandssicherung/ Bestandspflege“ ein Konzept zur Implementierung eines regionalen „Netzwerks Unternehmenssicherung“ entwickelt.

Im Ergebnis hat die Stadt Köln im Rahmen des Bündnisses für Arbeit am 10.01.2007 unter der Leitung des Wirtschaftsdezernenten Dr. Norbert Walter-Borjans das *Regionale Netzwerk Unternehmenssicherung* ins Leben gerufen. Bisherige Netzwerkpartner sind der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, die Industrie und Handelskammer zu Köln, die Agentur für Arbeit Köln, der Arbeitgeberverband Köln, die Handwerkskammer zu Köln, die Kölner Bank, die Sparkasse KölnBonn und das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW und die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.) unterstützen das Netzwerk aktiv.

Die Ziele des "Netzwerkes Unternehmenssicherung" sind:

- Unternehmen bei wirtschaftlichen Problemen unkonventionell und schnellstmöglich Hilfestellungen zu geben, um Betriebe und Arbeitsplätze in Köln zu erhalten
- Unternehmen zu sensibilisieren bei Anzeichen von Problemlagen frühzeitig Rat zu suchen
- Unternehmen bestehende Möglichkeiten zum Umsteuern aufzuzeigen

Die Projekt- und Geschäftsstelle Bündnis für Arbeit nimmt hier als ständige Aufgabe die Geschäftsführung wahr. Diese beinhaltet neben den organisatorischen und koordinierenden Tätigkeiten auch die inhaltliche Weiterentwicklung des Netzwerkes. So wurde zwischenzeitlich eine Erfahrungsgruppe gegründet, um einen regelmäßigen Austausch der Beteiligten zu gewährleisten.

Zu 2.

Ausbau der Infrastruktur als Voraussetzung für eine strukturierte und strategisch angelegte Ansiedlungspolitik

Unter diesem Thema wurde den Mitgliedern das Standortkonzept des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik „Güterverkehr und Logistik“ vorgestellt.

Weiterhin berichtete Herr Klapdor, Flughafen Köln Bonn GmbH, über die Entwicklung des Köln Bonn Airport und seine besondere Rolle im Namen der regionalen Infrastruktur. Er erläuterte die wirtschaftliche aber auch die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der geltenden Nachtflugregelung mit dem Hinweis der Notwendigkeit einer Fortführung der positiven operationellen Bedingungen, um so auch zukünftig Jobmotor für die Region zu bleiben. Das Kommunale Bündnis für Arbeit unterstützt den Flughafen Köln Bonn bei seinem Antrag auf Verlängerung der Nachtfluggenehmigung bis 2030 unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Lärmschutzes, um die Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung zu sichern.

Zu 3.

Verbesserung der Qualifikation sowie der Aus- und Weiterbildung insbesondere für ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund

Im Rahmen des o. g. Handlungsfeldes wurde von den Mitgliedern des Bündnisses die Problematik der Ausbildungssituation und die daraus resultierende Notwendigkeit eines Kölner Ausbildungsberichts diskutiert.

Die Projekt- und Geschäftsstelle des Kommunalen Bündnisses für Arbeit wurde beauftragt, zeitnah die Entwicklung und den Aufbau eines ersten Kölner Ausbildungsberichts zu koordinieren und zu unterstützen, um so eine bisher fehlende Analyse der Situation auf dem Ausbildungsmarkt vorzunehmen. Dabei sollten sowohl schulische als auch berufsvorbereitende Maßnahmen hinsichtlich ihres Wirkungsgrades, aber die konkrete Ausbildungssituation beleuchtet werden.

Am **22.05.06** fand auf Einladung der Projekt- und Geschäftsstelle erstmalig der Arbeitskreis „Kölner Ausbildungsbericht“ statt, mit dem Ziel einer Diskussion über die notwendige Struktur des Ausbildungsberichts. Die beteiligten Institutionen im Arbeitskreis waren Vertreter/innen der Kammern, der Agentur für Arbeit Köln, der Bezirksregierung Köln, sowie der Fachdienststellen der Dezernate Bildung, Jugend und Sport, Stadtentwicklung, Planen und Bauen, Soziales, Integration und Um-

welt sowie Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht.

Mit der inhaltlichen Umsetzung des geplanten Ausbildungsberichts für Köln wurde das Amt für Stadtentwicklung und Statistik betraut.

Im nächsten Schritt wurde am **20.06.2006** die Arbeitsgruppe Daten einberufen, um so in einer kleineren Gruppe auf der Arbeitsebene an der Auswahl der Datenquellen und bestehenden Datenlage weiter zu arbeiten.

Die Arbeiten an dem Bericht wurden durch die Mitglieder des Arbeitskreises „Ausbildungsbericht“ und der Arbeitsgruppe „Daten“ fachlich und durch die Bereitstellung von Daten aktiv unterstützt. Die Arbeiten waren gekennzeichnet durch das kooperative Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen, so dass das Arbeitspapier „Ausbildungsbericht Köln 2006“ den Mitgliedern des Kommunalen Bündnisses für Arbeit in der Sitzung am **09.02.07** vorlag.

Entsprechend der Zielsetzung, dass der erste Kölner Ausbildungsbericht der Einstieg in eine organisierte dauernde Betrachtung des Ausbildungsmarktes werden soll, aus dem entsprechende Handlungsempfehlungen ableitbar sind, sprach sich das Kommunale Bündnis für Arbeit für die Weiterentwicklung des Berichts zu einem fortlaufenden Monitoring aus. Ziel ist es, datenbasierte Aussagen über die Entwicklung des Ausbildungsmarktes und seiner sozialen und institutionellen Komponenten zu entwickeln. Darüber hinaus soll er den handelnden Ausbildungsakteuren auch als Grundlage für eine Optimierung des Übergangsgeschehens dienen.

Der Arbeitskreis „Ausbildung“ entwickelte auf Basis dieses Beschlusses einen Vorschlag zu Inhalten eines Ausbildungsmonitorings, der in der Bündnissitzung am 07.12.2007 beschlossen wurde, um so auf der Basis von Kennzahlen den vorliegenden „Ausbildungsbericht Köln 2006“ fortzuschreiben.

Die regionalen Ausbildungsakteure nahmen den 1. Kölner Ausbildungsbericht zum Anlass einen Vorschlag zu Handlungsfeldern/-empfehlungen zu entwickeln. Diese treffen unter anderem Aussagen:

- zur qualitativen und quantitativen bedarfsgerechten Ausgestaltung der dualen Ausbildung,
- zur Einrichtung eines virtuellen Ausbildungsbüros,
- zur Optimierung der Prozesse des Übergangs von der Schule in Ausbildung, Studium und Beschäftigung sowie
- zur Verbesserung der beruflichen Integration über Sozialraumangebote.

Am 07.12.2007 beschloss das Kommunale Bündnis für Arbeit als Ergebnis einer intensiven Diskussion, dass die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in den jeweiligen Verantwortungsbereichen der Bündnismitglieder auf ihre Umsetzungsmöglichkeit zu prüfen sind. Hinsichtlich der Empfehlung zur Einrichtung eines „virtuellen Ausbildungsbüros“ im Sinne einer gemeinsamen Steuerungsgruppe zur Koordinierung des Übergangsgeschehens Schule/Beruf wurde vorgeschlagen, diese an das bereits implementierte Gremium „Beirat Schule – Beruf“ anzubinden.

Weiterhin regt das Kommunale Bündnis für Arbeit eine Längsschnittanalyse an, um so eine wichtige Lücke in der Berichterstattung zu schließen. Ziel ist es, Bewertungen des Erfolgs von schulischen und außerschulischen Qualifikationsmaßnahmen durch Abbildung typischer Karrieren von Jugendlichen im Übergang Schule in den Beruf vorzunehmen.

Des Weiteren soll der Kölner Ausbildungsbericht Bestandteil des Kölner Bildungsberichts werden, der in Folge des Leitbildprozesses Köln 2020 erstellt werden soll.

Als ständige Aufgabe begleitet und moderiert die Projekt- und Geschäftsstelle diesen Prozess in seiner Gesamtheit.

**Zu 4.
Umsetzung des Ratsbeschlusses „Fairer Betrieb“**

Gemäß Ratsbeschluss soll die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Arbeit nach bestimmten Kriterien den Preis „Fairer Betrieb“ ausloben. Ziel der Initiative ist es, die Unternehmen zu würdigen, die ihren Betrieb besonders sozial und diskriminierungsfrei führen und die Chancen der Vielfalt erkennen und nutzen. Aussagen zu den konzeptionellen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs wurden nicht getroffen.

Die Bündnismitglieder sprachen sich in der Sitzung am 07.12.2007 dafür aus, den von der Projekt- und Geschäftsstelle entwickelten konzeptionellen Vorschlag zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Initiative Chancengleichheit“ mit dem Wettbewerb „Fairer Betrieb“ umzusetzen.

Mit dem Wettbewerb möchte das Kommunale Bündnis für Arbeit gemeinsam mit der Stadt Köln aufzeigen, wie Diversity Management den Erfolg von Unternehmen steigern kann und welche innovativen Ideen, aber auch welche erprobten Erfolgskonzepte dazu in Kölner Unternehmen verwirklicht und umgesetzt werden.